

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Kohlen durch die englische Zone.

In der Frage des Transports der Kohlenzüge durch die englische Besatzungszone scheint sich in England ein für Deutschland ungünstiger Umschwung vollzogen zu haben. Wie wir in der heutigen Morgenausgabe auf Grund einer WTB-Meldung mitteilen, war das englische Kabinett in seiner gestrigen Sitzung der Ansicht, daß die französische Forderung durch keinerlei Notwendigkeit diktiert sei, da Frankreich genügend Bahnlinien für Kohlentransporte zur Verfügung habe. Inzwischen ist der französische Minister für öffentliche Arbeiten Le Troquer in London eingetroffen, der nach einer Meldung der „Daily Mail“ folgende Forderungen an die englische Regierung stellen wird:

1. Die Ueberlassung eines kleinen Streifens des englischen Besatzungsgebietes an Frankreich.
2. Die allgemeine Ermächtigung, die Eisenbahnlinien der britischen Zone zu benutzen.

Ueber den letzten Punkt liegt folgende wichtige Meldung aus dem Rheinlande vor:

Der Kölner Berichterstatter des Reuter-Bureaus erzählt von zuverlässiger Seite, daß die Interalliierte Eisenbahnkommission eine wichtige Regelung der augenblicklichen Eisenbahnschwierigkeiten so gut wie beendet habe. Die Einzelheiten des Uebereinkommens würden bis zu ihrer Annahme streng geheimgehalten werden. Man könne jedoch ziemlich sicher annehmen, daß das Uebereinkommen den wichtigen Hauptteil (Key-section) der Eisenbahnlinie berühre, die, wenn sie der französischen Kontrolle übergeben würde, einen breiten westlichen Ausgang vom Ruhrgebiet schaffen würde. Der Berichterstatter fügt hinzu, durch diese Vereinbarung würde kein Präzedenzfall geschaffen werden, da die Grenzen der besetzten Gebiete häufig Berichtigungen unterzogen würden.

Auf ein ähnliches Zugeständnis an Frankreich bereitet auch eine heute nacht herausgegebene Note der Reuter-Agentur vor. Reuter erklärt, man glaube, daß bisher von der englischen Regierung in der Frage der Durchfuhr von Reparationsstoffen durch die englische Besatzungszone noch kein Beschluß gefaßt wurde; die Entscheidung werde von gewissen auswärtigen Faktoren abhängen. Man glaube aber, daß es möglich wäre, Frankreich gewisse Zugeständnisse zu machen, unter der Voraussetzung, daß es sich vollkommen klar bleibe, daß Großbritannien von seiner gegenwärtigen Politik nicht abweichen und in die französische Politik nicht hineingezogen werde.

Im übrigen kündigt die Reuter-Meldung auch an, daß die Erörterungen Le Troquers mit der englischen Regierung sich nicht nur auf die Frage der Kohlentransporte erstrecken, sondern „ein weit größeres Feld umfassen“ würden.

Völlige Unterbindung des Warenaustausches

Zu der neuen Ordonnanz Nr. 143, die die Interalliierte Rheinlandkommission am 12. Februar erlassen hat, erfahren wir von unterrichteter Seite, daß durch diese Ordonnanz die Ausfuhr sämtlicher Waren aus dem besetzten in das unbesetzte Gebiet unter Verbot gestellt wird. Für eine bestimmte Gruppe von Waren wird überhaupt keine Ausfuhr genehmigt. Die Ausfuhr aller übrigen Waren wird von der Erteilung einer Bewilligung abhängig gemacht, für die 10 Proz. des Ausfuhrwertes erhoben wird. Durch diese einschneidende Maßnahme wird der Verkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet völlig unterbunden und dem besetzten Gebiet am Rhein die schwerste wirtschaftliche Schädigung zugefügt, wenn man bedenkt, daß 80 Proz. des Warenausflusses in das unbesetzte Deutschland geht. Die Reichsregierung erkennt diese rechtswidrige Verordnung nicht an und erwartet von der Bevölkerung, daß sie auch auf diesem Gebiet geschlossenen Widerstand leistet und sich der Vorschriften dieser Ordonnanz nicht fügt. Eine entsprechende Verfügung ist von den militärischen Befehlshabern für das Ruhrgebiet erlassen worden.

Frankreich gegen englische Vermittlung.

Paris, 15. Februar. (WTB.) „Petit Parisien“ beschäftigt sich mit der Stellung Englands zu Frankreich in der Frage des Ruhrabenteuers. Der offenbar beeinflusste Artikel hat folgenden Wortlaut:

Wenn die Intervention, an die der englische Premierminister denkt, darin bestehen sollte, daß dem Vorgehen Frankreichs und Belgiens Unterstützung zukelt werden soll, so würden die Verhandlungen willkommen sein. Denkt er dagegen an eine Vermittlung, so ist es sicher besser, ihn darauf hinzuweisen, daß er die Psychologie Frankreichs ebenso wie die Belgiens verkennt. Kein unterrichteter Engländer kann künstlich übersehen, daß der französisch-deutsche Konflikt anlässlich der Ruhrbesetzung den Charakter eines Kampfes bis zum äußersten angenommen hat. In diesem Kampfe, von dem nicht allein das Schicksal der Reparationen, sondern auch das des Versailler Vertrages abhängt, können Frankreich und Belgien nur auf den Erfolg zählen, wenn sie mit der Zeit rechnen können. Ein englisches Vermittlungsangebot in mehr oder minder kurzer Frist in Aussicht zu stellen, würde also eine Behinderung in doppelter Art bedeuten. Einerseits würden die Blockade- und Reorganisationsmaßnahmen, die im Rheinlande jetzt getroffen wurden, nicht die Zeit haben, ihre volle Wirkung sowohl in Deutschland als auch auf den ausländischen Markt auszuüben; auf der anderen Seite könnte die Aussicht auf etwaige Hilfe von außen her Deutschland dazu ermutigen, in seinem Widerstand zu beharren. Wie skeptisch auch die

öffentliche Meinung insgesamt (in England?) mit Bonar Law über die Wirksamkeit der französisch-belgischen Methoden denken möge, das Mindeste, was man von ihr verlangen kann, ist, daß sie nicht durch einen unbedachten Rettungseifer eine Aktion behindert, bei dem es um die Zukunft ihrer beiden ehemaligen Kolonialgebiete auf dem Kontinent geht.

Vom französisch-belgischen Standpunkte günstiger wäre gewiß eine Politik des Zusammenwirkens, die es gestattet würde, Frankreich wirksamer zu unterstützen, ohne daß sie England in die Verantwortung für das Rheinlandunternehmen verwickelte. In dieser Hinsicht scheint man in der Tat in London geneigt, den Minister für öffentliche Arbeiten Le Troquer günstig aufzunehmen, der über den Kanal gegangen ist, um die heikle Frage der Eisenbahnen in der englischen Zone von Köln zu verhandeln. Obwohl die englische Regierung auf den Rat des Generals Goubien die Schienenwege dieser Zone den französisch-belgischen Organen nicht glaubt zur Verfügung stellen zu können, darf man nichtsdestoweniger annehmen, daß sie zu Grenzberichtigungen bereit sein wird, die für den interalliierten Verkehr eine wichtige, nördlich von Köln gelegene Ader frei machen würde. Durch diese Art Zugeständnis wie übrigens auch durch die wohlwollende Neutralität, die die englischen Behörden im Rheinlande wahrten, würde Frankreich eine indirekte Unterstützung geboten, deren Bedeutung zu verkennen ungerecht wäre.

Was man in der Rede Bonar Laws mit einem alles übrige übersehenden Bedauern vermischt, ist eine Warnung an die Adresse Deutschlands. Statt daß der englische Premierminister ungewollt die Illusion einer Vermittlung entstehen läßt, wäre es besser gewesen, wenn er klar und unabweislich geäußert hätte, daß Deutschland in keinem Falle darauf zählen könne, daß England es vor der Gefahr des Ertrinkens retten werde, der es sich hartnäckig aussetzt. Eine derartige Erklärung sei auf alle Fälle die einzige Politik für eine englische Intervention, wie sie Frankreich und Belgien zu wünschen in der Lage seien. Vielleicht sei es nicht zu spät für die Hoffnung, daß es noch dazu kommen werde.

Folgen der Ruhrbesetzung.

Der Achtstundentag in Belgien in Gefahr.

Brüssel, 15. Februar. (CP.) Das Zentralkomitee der Industriellen wurde gestern vom Arbeitsminister empfangen. Das Komitee forderte, den Achtstundentag in den Bergwerken abzuschaffen, um eine größere Kohlenproduktion erzielen zu können, da die deutschen Kohlen nicht mehr nach Belgien gelangen.

Die Forderung der belgischen Industriellen wird die politische Aufklärung des belgischen Proletariats sicherlich fördern, denn sie zeigt ihm, wie eng sein eigenes Schicksal mit dem der deutschen Arbeiterklasse verknüpft ist. Je deutlicher sich der Ausbeutungsdrang des internationalen Kapitalismus offenbart, desto schneller muß die proletarische Internationale aktionsfähig und schlagkräftig werden.

Die Franzosen dringen in Köln ein.

Provokation der Engländer.

Köln, 15. Februar. (WTB.) Nach der „Köln. Ztg.“ erschien Montag nachmittag plötzlich ein Polizeidampfer mit französischer Flagge am hiesigen Oberländer Ufer und machte neben den dort liegenden Kohlenbänken halt, die mit einer Ladung Kohlen nach Italen bestimmt waren, aber infolge des Schiffsstreiks seit etwa 14 Tagen festliegen. Die Franzosen verlangten Kohlen für den Dampfer und beschäftigten sich schließlich einer größeren Menge. Die herbeigerufene englische Strompolizei erschien alsbald am Platze, so daß die weitere Entnahme von Kohlen eingestellt werden mußte.

Dollar 19 500.

Die New Yorker Marktspekulanten zeigten gestern bereits einige Reizung, die in den letzten Tagen erzielten Gewinne zu realisieren. Infolgedessen trat nachherstlich eine Senkung der Papiermark ein, bis zu einem Kurse, der ungefähr einer Dollarparität von 23 000 entspricht. Im heutigen Berliner Vormittagsverkehr riefen diese Schwankungen der Mark auf den Auslandsbörsen eine starke Unsicherheit hervor. Im offiziellen Verkehr an der Börse verstärkte sich jedoch unter dem Eindruck erneuter Devisenverkäufe der Reichsbank die Devisenbauffe. Man spricht davon, daß die Reichsbank beabsichtigt, den Dollarkurs bis auf 15 000 herabzudrücken. Gegen mittag wurde der Dollar mit 19 500 gehandelt. Es ist bemerkenswert, daß das an den Markt kommende Material hauptsächlich von der Spekulation glatt aufgenommen wird, die bestimmt damit rechnet, daß in wenigen Wochen der Dollar erneut sprunghafte Steigerungen erfahren werde, sobald die Reichsbank nicht mehr in der Lage ist, ihre Intervention fortzusetzen.

Im Zusammenhang hiermit scheint sich auch am Effektenmarkt eine Erholung vorzubereiten. Jederfallig zeigt das Publikum keine Reue, seine Bestände abzugeben. Die herauströmenden Effekten stammen aus schwachen Händen, denen die starken Kreditinstitute der Banken ein Festhalten an ihrem Besitz unmöglich gemacht haben. Das rigorose Vorgehen der Banken gegen die von ihnen erst hochgezüchtete Spekulation in Effekten ist gegenwärtig der Gegenstand lebhaftester Kritik an der Börse.

Französische Scharfmacher.

Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, anzunehmen, daß die französische Regierung das Ruhrgebiet nur in der Hand haben will, um Deutschland bei direkten Verhandlungen gefügiger zu machen. Die französische Regierung rechnet mit Bestimmtheit darauf, daß es ihr gelingen wird, das Ruhrgebiet als „produktives“ Pfand auszubeaufen. Wenn auch alle Maßnahmen, um Kohle aus dem Ruhrgebiet herauszuschaffen, bisher an der bewundernswerten Haltung der Arbeiterschaft gescheitert sind, so ist die französische Regierung sicherlich heute noch fest überzeugt, daß es ihr gelingen wird, den Widerstand der Ruhrarbeiter zu brechen.

Die französische Regierung hat offenbar damit gerechnet, daß zunächst ein Generalstreik der Ruhrarbeiter ausbrechen wird. Sie rechnet auch weiter damit, und sie rechnet, daß ein solcher Streik nur von kurzer Dauer sein kann, daß er mit den in Frankreich üblichen Mitteln niedergeschlagen werden und daß dann die Ruhrbevölkerung zermürbt und gefügig gemacht sein wird. Alle Maßnahmen, die von den französischen Besatzungsbehörden getroffen werden, sind darauf angelegt, die Arbeiterschaft zu provozieren, sie gewissermaßen aus ihrer passiven Resistenz herauszulocken und zu einer Aktion zu verleiten, bei der die Besatzungsbehörden auf die stegreiche Durchschlagskraft der Tanks und Maschinengewehre rechnen. Darin besteht eine ungeheure Gefahr für die Ruhrarbeiterschaft, und es ist deshalb notwendig, dieses in Frankreich traditionelle System der Streikunterdrückung zu beleuchten und die Arbeiterschaft des Ruhrgebietes zu warnen. Es ist aber auch nötig, die gesamte Kulturwelt zum Zeugen aufzurufen gegen das brutale System der angeblühlich friedlichen Besetzung.

Aus der blutigen Reihe der mit Gewalt unterdrückten französischen Streiks wollen wir nur einige als Beispiel herausgreifen: Es war im Jahre 1908, als in einem Vororte von Paris ein großer Bauarbeiterstreik stattfand. Die Bauarbeiter wurden mit den üblichen Mitteln provoziert. Angestellte Lockspiegel, die sich als Streikführer ausgaben, wurden verhaftet, das Versammlungsrecht der Streikenden wurde aufgehoben. Zum Protest erklärte das Pariser Gewerkschaftsamt einen 24stündigen Generalstreik und beschloß, in jenem Ort, wo sich das Zentrum des Streiks befand, Villeneuve St. Georges, zu demonstrieren. Das war es, was die französische Regierung und der damalige Ministerpräsident Clemenceau wollten. Ungeheure Truppenmassen waren angesammelt, und als die Pariser Arbeiter kamen, wurden sie durch Kavallerieattaken auseinandergeprengt. Die Arbeiter verletzten sich zur Wehr zu setzen, und es kam zu der üblichen Schießerei, die einer Anzahl Menschen das Leben kostete. Der Streik war erledigt.

Ein anderes Beispiel: Nach dem Kriege nahmen die französischen Gewerkschaften einen ungeahnten Aufschwung. Dieser Bewegung mußte das Rückgrat gebrochen werden. Bieweit dabei Lockspiegel sich betätigt haben, läßt sich heute noch nicht mit Bestimmtheit sagen. Jedenfalls war es den Kommunisten gelungen, sich der Leitung des französischen Eisenbahnerverbandes zu bemächtigen. Und nun begann das alte Spiel. Unter nichtigen Vorwänden wurden einige Maßregelungen vorgenommen, es erfolgte der Generalstreik der Eisenbahner, dann die Verhaftung des Streikkomitees, schließlich der allgemeine Generalstreik. Das Resultat war, daß der französischen Gewerkschaftsbewegung das Genick gebrochen war. Bis heute haben sich die französischen Gewerkschaften von dieser Niederlage noch nicht erholt.

Typisch für das französische System ist die Beurteilung des früheren Innenministers Maloy zu fünfjähriger Verbannung. Er war angeklagt, „die Interessen Frankreichs verraten zu haben“. Maloy war bekanntlich Innenminister bei Ausbruch des Krieges und war es auch einige Jahre geblieben, bis er der konzentrierten Hehe aller Scharfmacher zum Opfer fiel. Maloy hatte es abgelehnt, bei Ausbruch des Krieges die Gewerkschaftsführer verhaften zu lassen und hatte sich während des Krieges stets bemüht, die Konflikte zwischen Unternehmern und Arbeitern durch Verhandlungen beizulegen. Er hat sich nicht scheut, unter Umständen einen energischen Druck auf die Unternehmer auszuüben und diese zum Nachgeben zu zwingen. Bei den Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof marschierten eine Reihe von Unternehmern auf, um gegen Maloy zu zeugen. Sie erzählten entrüstet, wie Maloy freundschaftlich mit den Arbeitern verkehrt habe und wie er mit ihnen selbst dagegen scharf ins Zeug gegangen sei. Man kann wohl sagen, daß die schließliche Beurteilung Maloys gerade durch diese Aussagen der Unternehmer herbeigeführt worden ist.

1834, 1848, 1871, 1891 sind die blutigen Marksteine in dieser Tradition der Streikunterdrückung. Diese Tradition soll jetzt im Ruhrgebiet fortgesetzt werden. Wie man die Lyoner Seidenweber 1834 mit Wassengewalt niederzuschlug, obwohl sie weiter nichts wollten als „arbeitend leben“; wie man 1848 die Pariser Arbeitslosen, die auch nichts weiter verlangten als eine „Organisation der Arbeit“, niederknallte; wie man 1871 die Pariser Arbeiter in einen Aufstand hineintrief, um sie für Jahrzehnte aktionsunfähig zu machen; wie man 1891 jenes Blutbad unter den Arbeitern von Fourmies anrichtete, um die Achtstundebewegung zu ersticken; so wird man jetzt im Ruhrgebiet die westfälischen Arbeiter mit Maschinengewehren gefügig machen wollen.

Die Verhaftungen, die vereinzelt Schießereien zeugen von der Absicht, das französische Regierungssystem bei ungenügenden Streiks auch im Ruhrgebiet zur Anwendung zu bringen.

gen. Auch Lockspiegel sind schon an der Arbeit, bewußte und unbewußte. Die Forderung der Union der Hand- und Kopf- arbeiter, aus Solidarität mit den streikenden Saarbergleuten im Ruhrgebiet einen Generalstreik der Bergarbeiter auszu- rufen, ist nichts anderes als eine zweifelhafte unbewußte, aber nichtsdestoweniger bestellte Lockspiegelarbeit. Herr Daumes, der Abgeordnete der Interalliierten Kontrollkom- mission im Ruhrgebiet, der mit unserem Genossen Hufemann eine „rein private Aussprache“ hatte, ließ ja in seiner Unter- redung deutlich genug durchblicken, wohin er zielte. Er meinte u. a., es könne der Organisation nur erwünscht sein, die Kräfte ihrer Mitglieder für einen politischen Streik un- verbraucht zu erhalten.

Das also ist das System der friedlichen Ingenieurkommission, die man angeblich zur Kontrolle der Produktion nach dem Ruhrgebiet geschickt hat. Die Welt muß wissen und muß sich darüber aussprechen, daß die französische Regierung im Ruhr- gebiet auf ein Blutbad unter einer friedlichen, arbeitssamen Bevölkerung mit systematischer Raffinerie hinarbeitet. Durch fortgesetzte Provokationen soll die Bevölkerung in Wut versetzt werden, durch die Abschürfung des Ruhrgebiets, durch die erzeugte Arbeitslosigkeit, durch die Erschwerung der Lebens- mittelzufuhr, durch die Störung des ganzen Wirtschafts- betriebes soll die Arbeiterschaft zu Verzweiflungsausbrüchen getrieben werden.

Wir rufen insbesondere die französische Arbeit- erschaft und die französischen Gewerkschaften zum Zeugen auf. Sie kennen das System, sie sind leider nur zu oft dessen Opfer gewesen. Wir wissen, daß insbesondere die französischen Gewerkschaften gegen die Ruhrpolitik der französischen Regie- rung von Anfang an mit Energie protestiert haben. Sie haben von Anfang an auf die blutige Gefahr hingewiesen, die durch die Ruhrbesetzung heraufbeschworen wird. Unsere französischen Kameraden wissen ganz genau, daß die Arbeiter der Ruhr wie des übrigen Deutschlands keine Waffen haben. Sie wissen, daß insbesondere die Ruhrarbeiter die schärfsten Gegner aller militaristischen Gewalttaten sind. Die Gefahr des Blut- vergießens kann also unmöglich von der friedlichen und waffen- losen Ruhrbesetzung kommen. Wenn die französische Regie- rung jede Schließerlei dadurch zu entschuldigen sucht, daß sie behauptet, es hätte eine Gefahr für die bewaffnete Macht bestanden, so ist das mehr widerwärtige Heuchelei als Väter- lichkeit.

Es genügt aber nicht, daß die französische Arbeiterschaft, daß die Arbeiterschaft der ganzen Welt gegen die französische Gewaltpolitik protestiert. Die französische Regierung will den friedlichen, aber entschlossenen Widerstand einer vorgewaltigen Bevölkerung durch ein Blutbad niederschlagen. Jetzt ist es Zeit, es ist sogar die höchste Zeit, daß die Regierungen aller Länder der französischen Regierung zu verstehen geben, daß die gesamte zivilisierte Welt die französische Ruhrpolitik als ein Verbrechen an der Menschheit verurteilt.

Keine Antwort ist auch eine Antwort.

Der Sonderberichterstatter des Brüsseler „Peuple“ im Ruhrgebiet, Frédéric Denis, war von den nationalstischen belgischen Blättern auf das heftigste angegriffen worden, weil seine Aufträge mancherlei enthüllte, was für die Eroberer höchst un bequem war. Er hatte unter anderem die wichtigsten zahlen- mäßigen Angaben veröffentlicht, die Genosse Weis auf der Römner internationalen Konferenz am Vorabend der Ruhr- invasion über die bisherige Kosten der Besatzungsarmee zur Sprache gebracht hatte, und war deshalb von dem Re- gierungsorgan „Indépendance Belge“ mit Vorwürfen über- schüttelt worden. In seiner Antwort schreibt uns Fr. Denis:

„Was die ziffernmäßigen Angaben von Weis über die Be- satzungskosten im Rheinland anbetrifft, so habe ich diese der fran- zösischen Abteilung der Interalliierten Rheinlandkom- mission mit dem Ersuchen um Nachprüfung unterbreitet. Man hat mich dort, die Antwort nach drei Tagen einzuholen. Ich habe die Angelegenheit wiederholt in Erinnerung gebracht. Nach vierzehntägigem Warten habe ich mich entschlossen, diese Zahlen zu veröffentlichen.“

Das Weib als Sexualverbrecherin.

Von Dr. Otto Juliusburger.

Nachdem der frühere Staatsanwalt und jetzige Ministerialrat im sächsischen Justizministerium Dr. Erich Wulffen im Jahre 1910 im Verlag von Dr. P. Bongerscheidt ein bedeutendes Werk: „Der Sexualverbrecher“ hatte erscheinen lassen, fügte er diesem jetzt im gleichen Verlag als völlig selbständige Ergänzung und höchst be- achtenswerte Leistung „Das Weib als Sexualverbrecherin“ hinzu. Weib hat die Nachkriegszeit die männliche sowie die weibliche Kriminalität stark anschwellen lassen. Wulffen lehnt die Behre ab, daß das Verbrechen nichts anderes als eine soziale Erscheinung sei; die Kriegs- und Revolutionsjahre hätten diese Auffassung gründlich zerstört. Das Verbrechen ist eine sowohl und mehr anthropologische als soziologische Erscheinung. Selbst wenn der Mensch in der voll- kommensten menschlichen Gesellschaft lebte, die eine höhere Intelligenz ihm zu bieten vermöchte, — er würde töten, würde den Geliebten seines Geschlechtsvertriebes mit Mordlust töten, würde aus Hohn zerstören. Dieser Verallgemeinerung Wulffens kann ich nicht zustimmen, und er selbst schränkt seine Behauptung gleich darauf dahin ein, daß die sozialen Verhältnisse schneller die Bedingungen legen können, unter denen sich die kriminelle Disposition ent- wickelt. Richtig ist, daß, wäre der Mensch nicht anthropologisch zum Ver- brechen befähigt, die sozialen Umstände allein ihn nicht zum Ver- brecher machen könnten. Meiner Ansicht nach kommen beide Mo- mente im wechselnden Ausmaß zur Geltung; stets sind die psycho- physischen, die biologischen Grundlagen des Individuums, seine Abstammung und seine persönliche Entwicklung sowie die ganze Umgebung, in der es wuchs und lebte, in Betracht zu ziehen; endogene, von innen wirkende, sowie exogene, von außen bestimmende Kräfteverhältnisse sind untrennbar verbunden. So kann ich auch Wulffens nicht folgen, wenn er sagt, daß die weibliche Kriminalität weniger als die männliche durch die sozialen Umstände hervor- gerufen werde und die ursprüngliche, mit dem Organischen inniger verknüpfte Eigenart des Weibes, ähnlich wie das Wesen des Kindes die Disposition zum Verbrechen einfach und nachdrücklich aufzeige. Hier liegt eine Einseitigkeit und Verallgemeinerung vor, die vor den Tatsachen nicht bestehen kann.

Betrachten wir nur einmal die bekannte Bedeutung des Alko- holicismus der Erzeuger auf die Rauchtommenshaft, wodurch diese häufig genug eine organische, leiblich-festliche Veranlagung zu anti- sozialen Handlungen auf den Lebensweg mitbekommt. Der Alko- holicismus schon ist zumeist das Ergebnis individueller Züchtung und sozialer Beeinflussung, die Auswirkung dieser beiden, in ihrer Stärke schwer bestimmbarer Faktoren. Mit der von Wulffen zu- scharf betonten Bedeutung der organisch fest begründeten individu- ellen Grundlage und der von ihm zu wenig berücksichtigten Wichtig- keit der sozialen Verhältnisse hängt auch seine Behauptung zusammen, die Unzulänglichkeit der Mitarbeit des Weibes am Geschlechte der Menschheit sei niemals so offenbar geworden wie in unserer Zeit. Demgegenüber will ich nur hinweisen auf die außerordentlichen Verdienste, die sich die Frauen in Amerika um die erfolgreiche Be- kämpfung des Alkoholicismus und damit um den dort nachgewiesenen

Die Rückfragen Denis' in Koblenz haben ein für die sozia- listische Internationale sehr wertvolles Ergebnis gehabt. Denn das Schweigen der Rheinlandkommission ist gleichbedeutend mit dem offiziellen Geständnis der Richtigkeit der aufsehenerregenden Angaben von Weis.

Kein Breitscheid-Interview.

Der Londoner Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ meldet unter dem 13. d. M.:

Im Hinblick auf die Erregung über ein angebliches Interview des Abg. Breitscheid erscheint es notwendig, festzustellen, daß dieser in einer Versammlung der parlamentarischen Labour Party die Auffassung der deutschen Arbeiterschaft in der Ruhrfrage darlegte und, wie ich von prominenter Labour-Seite erfahre, durch befonnene, überzeugende Darlegung eine sehr gute Wirkung erzielte. Dieser englische Teilnehmer versichert, daß Breitscheid zwar die Möglichkeit einer Vermittlung betont, aber mit keinem Wort eine Schwäche der deutschen Position behauptet und ebenso wenig erklärt habe, daß Deutschland, auch so lange die Ruhr besetzt sei, Verhandlungen eröffnen wolle, wie dies in dem allzu eif- fertigen Bericht der „Daily News“ über das angebliche Interview behauptet wird. Breitscheid gab in England überhaupt keine Interviews aus.

Im übrigen berichtet derselbe Korrespondent, dessen In- formationen sich durch Sachkenntnis und Zuverlässigkeit aus- zeichnen, die vorwiegende Auffassung in England sei nunmehr die, daß im Interesse der Menschlichkeit und Europas ein baldiger Uebergang zu Verhand- lungen unerlässlich sei. Dies zur Kenntnis der radu- patriotischen Presse, die — wie heute noch die „Kreuz- Zeitung“ — nicht aufhört, den Genossen Breitscheid zu be- schimpfen und von der sicheren Etappe aus unentwegt den Säbel schwingt.

Schweiz und Ruhrbesetzung.

Scharfe Kritik der schweizerischen Sozialdemokratie.

Bern, 15. Februar. (M.B.) In der „Berner Tagwacht“ schreibt Nationalrat Grimm, im Anschluß an die Beantwortung der Inter- pellation durch Bundesrat Motta: Die Ereignisse im Ruhrgebiet stören die schweizerische Außenpolitik. Die Zukunften werden ein- gepngt und gesperrt, der Export leidet unter dem fortschreitenden Zu- sammenbruch der Wäluen wie unter der gesteigerten Unsicherheit der Lage. Die politische Selbständigkeit wird beeinträchtigt durch die Machtpolitik der imperialistischen Staaten, der Frieden gefährdet durch den Wahnsinn der Rüstungen und die Anwendung militärischer Gewaltmittel, wo Vernunft und friedliche Verständigung zu ihren Rechten kommen sollten. Der Menschheitsgedanke wird sabotiert durch einen verbrecherischen Chauvinismus, der untrennbar mit der militärischen Gewaltpolitik verbunden ist. Der schweizerische Stand- punkt ist danach klar und eindeutig. Er heißt energische Stellung- nahme gegen ein Ereignis wie die Ruhrbesetzung, das die ökonomische Krise des Landes verschärft, dessen politische Selbständigkeit bein- trächtigt, die Friedenssicherung gefährdet und die Völkerverständigung untergräbt. Ohne eine gründliche Revision der Friedens- verträge, ja viellecht ohne ihre Zerstückung, weichen die inter- nationalen Spannungen nicht. Sie werden sich im Gegenteil ver- schärfen und über kurz oder lang zu neuen Kriegen führen. Ver- zichtet der Völkerverbund auf eine Aenderung der Friedensver- träge, so verzichtet er auf jede aktive internationale Politik von Be- deutung, dann mag er sich wie ein Leprakranken mit Opium und Kokain, mit Raddienhandel und Esperanto befassen, nur vermisse man sich dann nicht, von einem Völkerverbund als Instrument einer internationalen Friedenspolitik zu sprechen.

Proteste der Internationale.

Die amerikanische sozialistische Partei hielt in diesen Tagen in der New Yorker Metropolitan-Oper eine Protestversammlung gegen die Ruhrbesetzung ab. Abg. Gen. Meyer-London protestierte scharf gegen die franco-belgische Gewaltpolitik und griff die nord-amerikanische Regierung, besonders den Staatssekretär Hughes, wegen ihrer Passivität an.

Zur Ausbildung der Volksschullehrer.

Bekanntlich soll nach der Reichsverfassung der zukünftige Volks- schullehrer nach dem Besuch einer höheren Schule seine Berufs- bildung auf der Universität erhalten. Da das Reich die einheitliche Lösung der Frage fortgesetzt verzögert, haben bereits einige Länder, wie Thüringen und Sachsen, von sich aus die Ausbildung ihrer Lehrer aus ihren Landesuniversi- täten sichergestellt. Nur die Deutschnationalen und das Zentrum haben z. B. in Sachsen gegen die Universitätsbildung der Lehrer ge- stimmt, getreu ihrem Grundglaube, daß auch auf dem Gebiete der Bildungsmöglichkeiten dem Proletariat der Brautkorb höher zu hängen ist. In Preußen und Bayern ist man der Frage über den zukünftigen Ausbildungsgang der Volksschullehrer bisher vorsichtig aus dem Wege gegangen. Man beruft sich auf das Reich oder schließt die hohen Kosten vor, welche der Besuch der Universität erforderlich machen soll. Es ist aber schon mehrfach nachgewiesen worden, daß die bisherige Seminarbildung teurer wird als der Universitäts- besuch durch die kommende Lehrergeneration. Die Lehrerschaft hat mehrfach versucht, ein Kares Bekenntnis zum Universitätsstudium der Volksschullehrer vom jetzigen Kultusminister Boettig zu erhalten. Er hat aber bisher nur ausweichende Antworten erteilt.

Genosse La Grange hat daher im Hauptausschuß des Staatsrats die Vertreter des Kultusministers gefragt, wie weit man mit den Erwägungen über den zukünftigen Ausbildungsgang der Lehrer gediehen sei. Ministerialdirektor Kaestner, der Leiter der Volksschulabteilung des Ministeriums, erwiderte, daß man nach dem begonnenen Abbau der Seminare keine Maßnahmen ergreifen wolle, nach denen Aufbaufklassen als Ersatz für die Lehrerbildungs- anstalten eingerichtet worden sind. Man habe mit diesen Klassen nur gute Erfahrungen gemacht. Die Frage der Lehrerbildung sei damit zwar noch nicht endgültig entschieden, man werde aber auf dem einmal begonnenen Wege fortfahren.

Diese Ausführungen sind nur so zu deuten, daß man in Preußen von dem Universitätsstudium der Lehrer nichts wissen will. Die Aufbaufklassen werden die Bildungsanstalten der Lehrer. Man gibt dem Kinde einen anderen Namen und wandelt somit die Seminare in Aufbaufklassen um, läßt aber sonst alles beim alten. Pflicht unserer Genossen im Landtage wird es sein, dieser Rückständigkeit des Ministeriums ein Ende zu machen.

Niederschönfeld.

München, 14. Februar. Das Plenum des Landtags be- schäftigte sich am Dienstag mit der Angelegenheit Nieder- schönfeld. In Interpellationen der Kommunisten und der Sozialdemokraten wurde Klärung über den Tod des in Niederschönfeld verstorbenen Abgeordneten Hagemeyer verlangt und die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses ge- fordert. Der Begründer der Interpellation Schmidt (Kommunist) befragte die Anstaltsbeamten der lägenhaftesten Berichterstattung an die Regierung und machte sie für den Tod Hagemeyers verant- wortlich.

Der bayerische Justizminister Dr. Günther wiederholte in Beantwortung der Interpellation die Darstellung, wie sie am Be- rittung ein Vertreter des Justizministeriums im Verfassungsausschuß gegeben hatte, und betonte, daß die ärztliche Behandlung vollständig korrekt war. In Besprechung der Interpellation erklärte Abgeord- neter Held (Bayr. Volkspartei) namens der sämtlichen bürgerlichen Parteien, daß sich diese an der Besprechung nicht beteiligen würden, weil die Angelegenheit genügend klargestellt sei. Der Redner der Sozialdemokraten, Abgeordneter Sanger, trat für die Schaffung eines Untersuchungsausschusses ein, um zur Klärung zu kommen. Kommunist Eisenberger polemisierte in längerer leidenschaft- licher Rede gegen die Niederschönfelder Justiz. Er nannte Nieder- schönfeld die Schreckenstammer der bayerischen Reaktion und begründete die Unterstützung des kommunistischen Antrags durch die Sozialdemokraten als eine Brücke zur engeren Verständigung.

Nach geschlossener Aussprache stellte Präsident Königsbauer fest, daß gemäß der Geschäftsordnung des Landtags die Einsetzung eines Ausschusses dann zu erfolgen habe, wenn mindestens ein Fünftel der Mitglieder des Landtags dies beantrage. Da die sozial- demokratische Fraktion allein über 40 Mitglieder zähle, sei ohne be- sondere Abstimmung die Einsetzung des Ausschusses be- schlossen. Dieser bildete sich aus 14 Mitgliedern, wobei nach dem Verteilungsschlüssel auf die kommunistische Partei kein Mitglied entfiel.

Arbeitslosenunterstützungen in Warschau. Infolge der steigenden Arbeitslosigkeit kam es am 14. Februar zu Kundgebungen vor dem Warschauer Arbeitsministerium. Die Arbeitslosen forderten sofortige Hilfe, da ihnen der Hungertod drohe. Die Kundgebung verlief vollkommen ruhig.

erheblichen Rückgang des Verbrechens erworben haben, und wie die Dinge bei uns liegen, werden es wieder die Frauen sein, die auch bei uns vielleicht den größten Anteil an der Niederwerfung des Alkoholicismus haben werden.

Rückhaltlos stimme ich dagegen Wulffen zu, wenn er sagt, daß vom gegenwärtigen Strafrechte wahrscheinlich nichts übrigbleiben werde. Nicht mehr eine angemessene stiftliche Schuld des Ver- brechers, sondern aus maßgebenden soziologischen Gründen nur noch seine Gefährlichkeit für die menschliche Gesellschaft wird den einzigen Rechtsgrund für Anordnung der gesellschaftlichen Maßnahmen gegen ihn abgeben. In der Tat, an die Stelle der moralischen hat allein die gesellschaftliche Zurechnung zu treten und damit wird endlich der unerquidliche Kampf um den völlig unzulänglichen § 51 des Straf- gesetzbuches verschwinden. Kein Freibrief mehr für einen Rechts- brecher, aber Verständnis für seine Wesenheit, Schutz der durch ihn gefährdeten Gesellschaft, seine Heilung und Erziehung oder seine dauernde Verwahrung. Solche Grundzüge werden aber erst dann in den Gerichtsstaat einziehen, wenn Persönlichkeiten von der Eigenart Wulffens keine Ausnahme-Erscheinungen sein werden. Richter und Sachverständige sollten auch das neue große Werk Wulffens gründ- lich kennen lernen, das durch umfassende Kenntnis der gesamten Biologie und Psychologie ausgezeichnet ist.

Förderung des volkstümlichen Bücherwesens in Thüringen.

Aus dem Thüringischen Ministerium für Volksbildung wird der „D. L. A.“ geschrieben: In der Uebergangzeit, daß in der gegen- wärtigen und kommenden wirtschaftlichen Notlage die öffentlichen volkstümlichen Bibliotheken eine große Bedeutung für die Erhaltung unseres Gesellschaftslebens und der Volksbildung gewinnen werden, hat der Thüringische Staat schon rechtzeitig geeignete Maßnahmen vor- bereitet, die es möglich machen können, die Bücherbeschaffung auch in Zeiten verhältnismäßig hoher Buchpreise und geringer öffent- licher und privater Unterstüßungen zu sichern. Bereits im Frühjahr 1922 wurde für den dringenden Bedarf der Volksbibliotheken durch ein staatliches Darlehen an der Volkshochschule Thüringen ein Notstands- lager angelegt, dessen heuti- ger Wert viele Millionen ausmacht. Nachdem im Januar die erste Liste dieses Lagers veröffentlicht worden ist, wird das Lager von zahlreichen Bibliotheken in Anspruch genommen. So, es hat in einer Reihe von Fällen Anlauf gegeben, daß gerade heute, wo anderswo die Bibliotheken um ihr Dasein kämpfen müssen, durch Bewilligung von Gemeinden, Unterstüßungen der Kreisvereine, vor allem aber durch das opferfreudige Eintreten der Lehrerschaft neue Volksbibliotheken geschaffen wurden. Zur Förderung dieser wichtigen Arbeit hat das Ministerium für Volksbildung ferner die Einrichtung von Kreisberatungsstellen für das Volksbildungswesen bei den thüringischen Kreis- schul- ämtern vorgelesen und zum Teil bereits durchgeführt.

Deutsche Literatur in Estland. Das Verständnis der estnischen Bevölkerung für deutsche Dichtungen wächst ständig. Die Bühnen- führer die letzten Dramen und Schauspiele deutscher Dichter in est- nischer Uebersetzung auf, während die Buchhandlungen in ihren Aus- lagen den deutschen Werken, namentlich allen Neuererscheinungen,

einen breiten Raum geben. Bücher und Werke deutscher Autoren, die für die Deutschen in gegenwärtiger Zeit viel zu teuer sind, werden von den gebildeten Esten leicht gelöst. Um die Seele einer Dichtung recht kennen zu lernen, besteht in den gebildeten Schichten des estnischen Volkes das Verlangen, bestimmte Werke der deutschen Literatur in ihrer eigenen Sprache zu lesen. Eine estnische Verlags- anstalt fordert daher öffentlich zu einer guten Uebersetzung verpflich- teter deutscher Werke auf und verpflichtet sich, für die besten est- nischen Uebersetzungen Preise — insgesamt für 120 000 Estl. (oder 12 Millionen deutsche Mark) auszusprechen. Es sollen überlegt wer- den: G. L. A. Hoffmanns „Kaiser Maximilian“, der Rufner, und sein Sohn; Wellings „Kathen der Weise“; Kleists „Prinz von Ham- burg“; G. Kellers „Novellenauswahl“; Heines „Hatzreise“; Th. Manns „Novellenauswahl“ und Hauptmanns „Weber“.

Schnelligkeitsrekord im Maschinenschriften. Der estnischen Rekord im Maschinenschriften hält eine junge Engländerin, Miss- cent Woodward. Sie schreibt fast ebenso schnell, wie man durch schnittlich laut vorliest und zwar zirka 150 Worte in der Minute. Diese Schnelligkeit behält sie auch beim Schreiben mit verbundenen Augen bei. Miss Woodward ist bei der „Royal Typo- writer“-Gesellschaft angetreten und erhält das höchste Gehalt, das eine Schreinstiftin bisher in England erhalten hat, nämlich 1000 Pfund Sterling im Monat. Bei dem Wettkampf um die Meisterschaft von Europa erzielte sie noch Diktat 173 Worte in der Minute. Die Schnelligkeit kann sie in einem einstufigen Diktat durchhalten. Sie schreibt völlig ohne Fehler und ihre Firma hat ihre „kostenbaren“ Hände mit 5000 Pfund Sterling versichert.

Spielplanänderung. In den Kammertheatern werden Freitag die Improvisationen im „Lumi“ gespielt.

Kunstchronik. Die Arbeiter-Kunstvereine eröffnen ihre diesjährige Arbeitsperiode mit einer Wanderausstellung in den Berliner Theatern und beginnt am 15. Februar mit dem Centraltheater.

Vorträge der Volkshochschule. Auf Einladung der Volkshochschule hat Prof. Dr. Michaelson am 14. d. M. in der Aula des Kunstgewer- bemuseums, Prinz-Albrecht-Str. 7a, einen Vortragsabend: „Kunst- fahrt durch die Welt Brandenburg.“ — Gleichzeitige sprach- liche Rede im Gymnasium zum Grauen Kloster, Köpenicker Str. 74, über die italienische Opernbühnen Einflüsse 40 und 60 J.

Die Deutsche Mützen-Gesellschaft tagt am 18. bis 18. April in der Münchener Frauenklinik. Es soll ein großer Mützen-Kongress werden, zu dem ein Sonderzug die Teilnehmer des Wiener Kongresses für innere Medizin nach Deutschland bringen wird.

Eine deutsche wissenschaftliche Zeitschrift in Japan. Auf An- regung von japanischer Seite ist die Gründung einer japanischen, streng wissenschaftlich gehaltenen deutschen Zeitschrift für Japan beschlossen worden, die unter Mitarbeit erster Wissenschaftler die neuen Probleme der deutschen Wissenschaft in erster Linie der Chemie und Medizin, dann aber auch der Geisteswissenschaft den Japanern vermitteln soll.

Die Czernowitzer Universität benutzte die deutsche Sprache. An der Czernowitzer Universität haben bisher noch einzelne Professoren in deutscher Sprache Vorlesungen gehalten. Das rumänische Unterrichts- ministerium hat nunmehr verboten, eine andere als die rumänische Sprache zu gebrauchen.

Neuer Attentatsplan in München.

Aus München wird amtlich gemeldet: Der Vollstreckung ist vor einigen Tagen bekannt geworden, daß sich in den ersten Tagen des Februar ein hier wohnender, noch nicht 17 Jahre alter Oberrealschüler ernstlich mit dem Gedanken getragen habe, den Abgeordneten Erhard Bauer ums Leben zu bringen. Der junge Mann der klüßlich geworden war, konnte am 8. Februar festgenommen werden. Die eingeholten umfangreichen Vernehmungen haben ergeben, daß der Festgenommene, welcher verschiedenen rechtsgerichteten Organisationen, u. a. auch einem erst jüngst ins Leben gerufenen „politischen Stammtisch“ angehört, den Entschluß, die verwerfliche Tat auszuführen, ohne Einwirkung anderer Personen gefaßt hat. Dagegen konnte festgestellt werden, daß mehrere Angehörige des erwähnten „politischen Stammtisches“ von dem gefährlichen Vorhaben des jungen Menschen gewußt, aber gleichwohl die Behörden oder den Bedrohten hierüber nicht verständigt haben. Der Vorsitzende des Stammtisches, ein 33jähriger Mann mit ziemlich bewegter Vergangenheit, hat sich dem jungen Mann sogar angeboten, ihn nach vollzogener Tat zur Flucht behilflich zu sein. Von dem vorläufig festgenommenen insgesamt 9 Personen wurden vier Personen dem Volksgericht München überwiesen.

Amerika für Schuldentilgung.

Ein Weich gegen Kriegsheer und Kriegsgewinnler.

New York, 15. Februar. (C.C.) Senator Lodge sprach in der gestrigen Senatsitzung zugunsten der Annahme des Schuldentilgungsgesetzes, das mit der englischen Regierung vereinbart wurde. Er erklärte, daß keiner der Staaten, die sich in Amerikas Schuld befinden, erwarten solle, daß die Schulden annulliert würden. Amerika werde allerdings keinen Krieg anfangen, um diese Schuld einzutreiben, doch bestehe es auf ihrer Rückzahlung. Es werde alles versucht, um die Rückzahlung durchzusetzen. In der Debatte erklärte der demokratische Senator Underwood, daß er für die Annahme des Gesetzes eintreten wolle, doch halte er es für unbedemmt, wenn auch den anderen Schuldnerstaaten dieselben Bedingungen auferlegt würden, wie England. Man ist überzeugt, daß der Senat in seiner heutigen Sitzung des Gesetz annehmen wird.

Senator Borah brachte den Antrag ein, daß alle Staaten Gesetze beschließen sollen, jeden ihrer Untertanen zu bestrafen, der zum Kriege aufreizt. Auch Kriegsgewinnler sollten bestraft werden.

Washington, 15. Februar. (W.B.) Der Republikaner Folger brachte im Repräsentantenhaus eine Entschließung ein, worin gegen die Besetzung des Ruhrgebiets protestiert und gefordert wird, daß Präsident Harding eine Weltwirtschaftskonferenz einberufe. Ferner heißt es in der Entschließung, Frankreich möchte Maßnahmen treffen, um seine Kriegsschulden zu bezahlen.

England zur Rede Bonar Laws.

London, 15. Februar. (W.B.) Laut „Daily Telegraph“ sind die alliierten Diplomaten in London, die die Rede Bonar Laws mit Spannung erwarteten, hauptsächlich durch zwei Merkmale beeindruckt worden: 1. durch die Aufrichtigkeit der Kritik des Premierministers an dem französischen Ruhrregiment und 2. durch das Fehlen irgendeiner ernstlichen Opposition gegen Bonar Laws Ansichten von irgendeiner Seite im Unterhaus. In einem Leitartikel schreibt „Daily Telegraph“, überall habe der tiefe Ernst der Rede Bonar Laws über die Besetzung des Ruhrgebietes Aufmerksamkeit erregt. Die Rede sei noch ernster und noch besorgter um die Zukunft und habe in noch größerer Nähe das Eingeständnis enthalten, daß England für den Augenblick machtlos sei, irgendeinen Einfluß auf die Lage auszuüben. England müsse geduldig darauf warten, bis sich eine Gelegenheit biete, um den Parteien, die in einen Kampf verwickelt seien, der sie beide mit dem Ruin bedrohe, zu helfen, ihn zu beenden.

London, 15. Februar. (C.A.) Die Rede Bonar Laws wird in ganz Großbritannien außerordentlich günstig aufgenommen. Man billigt sowohl den allgemeinen Gedankengang seiner Ausführungen, als auch die Einzelheiten, die er über den in Paris vorgelegten Plan mitgeteilt hat. Die englischen Blätter unterstreichen, daß sie vollständig die Richtigkeit der Franzosen wegen ihrer zukünftigen Sicherheit verstehen, aber sie haben hervor, daß die Operation im Ruhrgebiet das Problem der Sicherheit für später ebenso wenig wie die Reparationsfrage löst. Sie betonen ferner, daß die Zurückziehung der englischen Truppen vom Rhein das Ende der Entente bedeuten würde. Mit Ausnahme eines einzigen Blattes, des „Star“, der die Zurückziehung der Truppen verlangt, drücken andere Blätter die Erwartung aus, daß die Zurückziehung der Truppen vermieden werden möchte.

Die Debatte im Unterhaus.

London, 15. Februar. (W.B.) Das Unterhaus wird sich heute und morgen mit dem Abänderungsantrag der Arbeiterpartei über die europäische Lage und ihre Wirkung auf die Arbeitslosigkeit in England befassen. Clynnes wird den Antrag einbringen. „Times“ berichtet, daß der bereits angekündigte Abänderungsantrag von beiden liberalen Parteien von Fisher und Simon eingebracht werden wird. Lloyd George und möglicherweise auch Asquith würde zugunsten des Antrages sprechen. Man halte es für sicher, daß bei einer Abstimmung der Antrag die bestimmte Unterstützung der beiden liberalen Flügel finden werde.

Der Wohnungsausschuß des Reichstags beschloß bei der zweiten Beratung des Gesetzes über Mietrecht und Mietverhältnisse, daß die Bestellung der Vermieter an den amtsgerichtlichen Schlichtergerichten nach den Vorschriften der örtlichen Vermieter- und Mieter-Vereinigungen vorgenommen werden soll.

Devisenkurse.

| | 15. Februar | | 14. Februar | |
|-----------------------------|--------------------|-----------------------|--------------------|-----------------------|
| | Käufer (Geld) Kurs | Verkäufer (Brot) Kurs | Käufer (Geld) Kurs | Verkäufer (Brot) Kurs |
| 1 holländischer Gulden | 7655.81 | 7694.10 | 9226.87 | 9278.18 |
| 1 argentinische Papier-Peso | 7206.93 | 7243.07 | 8678.25 | 8721.75 |
| 1 belgischer Franc | 1007.47 | 1012.53 | 1231.01 | 1238.00 |
| 1 norwegische Krone | 8501 | 8600 | 4890.12 | 4980.88 |
| 1 dänische Krone | 2665.81 | 2684.19 | 4889 | 4411 |
| 1 schwedische Krone | 5137.12 | 5162.88 | 6159.56 | 6190.44 |
| 1 finnische Mark | — | — | 612.40 | 615.54 |
| 1 japanischer Yen | 9077.25 | 9122.75 | 11172 | 11228 |
| 1 italienische Lire | 912.71 | 917.29 | 1117.20 | 1122.80 |
| 1 Pfund Sterling | 90523.12 | 90676.88 | 109224.25 | 109773.75 |
| 1 Dollar | 19151.25 | 19548.75 | 23441.25 | 23558.75 |
| 1 französischer Franc | 1152.11 | 1157.89 | 1406.47 | 1418.53 |
| 1 brasilianischer Milreis | 2144.92 | 2155.98 | 2643.87 | 2654.63 |
| 1 Schweizer Franc | 8618.98 | 8684.07 | 4359 | 4411 |
| 1 spanische Pesta | 8017.45 | 8032.57 | 8650.85 | 8699.15 |
| 100 österr. Kronen (abgef.) | — | — | 82.41 | 82.59 |
| 1 schwedische Krone | — | — | 703.23 | 704.77 |
| 1 ungarische Krone | — | — | 8.94 | 8.90 |
| 1 bulgarische Dena | — | — | 127.68 | 128.32 |
| 1 jugoslawischer Dinar | — | — | 237.40 | 238.60 |

Wo die Fische bleiben.

Fleisch wird immer seltener und seltener auf dem Tische der arbeitenden Bevölkerung. Das ist wirklich kein Geheimnis, und die Sorgen und Bestrebungen der Hausfrau um Fleischersatz sind ernsthaft, angehängt und drückend schwer. Von Rechts wegen wäre ja nun der Fisch berufen, zum Volksnahrungsmittel zu werden. Doch stehen Preishöhe und Mangel an Zufuhr diesem entgegen. Dabei ist es durchaus kein Geheimnis, daß schon seit langem die besten Fische ins Ausland wandern. Bei den Fischauktionen an der Küste wird für Seesaugen usw. überhaupt gleich die Ausfuhrung zugrunde gelegt. Für den deutschen Markt werden oft nur Heberdästel gereist. Und zuweilen kommen sogar bis nach Berlin ausgesprochene Bräutlinge. Mit ihnen kann aber die Hausfrau beim allerbesten Willen nicht viel anfangen, da sie gar zu viel Feit schlucken, und fettreiche Nahrung für manchen aus Teuerungsründen einfach zur Unmöglichkeit wird. Wie eben alles, so hängt die Fischversorgung auch mit der Kohlenfrage zusammen. Viele Fischdampfer versauern englische Kohlen und diese Dampfer fahren auch nach England, wo ihr Rang bleibt. Man war eifrig bestrebt, eine bessere und billigere Versorgung der deutschen Fischdampfer mit deutscher Kohle durchzuführen. Doch machte der Einbruch der Franzosen in das Ruhrgebiet diesen Plan zunichte. Um aber möglichst viel Fische nach Deutschland zu bringen — bei stärkerem Fischangebot fallen die Preise —, soll, so schreibt das „Volkblatt“ in Harburg, ein Teil der nach England fahrenden Fischdampfer bei Aufsehung hoher Konventionstaxen gezwungen werden, deutsche Häfen anzulegen. Auch stehen Verhandlungen bevor, um die Fischfracht, die beträgt etwa 80 M. für ein Pfund, zu senken. Beide Maßnahmen sind von Wichtigkeit, zumal man im Monat März erfahrungsgemäß mit reichen Fischfängen rechnet und der Meeresbewohner, sobald man ihn zu erschwinglichen Preisen bekommt, tatsächlich zum Volksnahrungsmittel werden könnte.

Die Herlinge sind da! In der Säbeler Bucht sind die ersten Heringschwärme in diesen Tagen erschienen. Die Ringwadenfischer, die schon seit längerem auf die Fänge warteten, waren vorbereitet, so daß ein reicher Fang geborgen werden konnte. In Bremerhaven sind die ersten englischen Fischer mit Herlingen eingetroffen.

Unter der Anklage des Meineides.

Die Mutter als Kupplerin der eigenen Tochter.

Der seit acht Jahren geführte Kampf um die Wahrheit, unter dem der Pfarrer Glasamerki so schwer gelitten hat, dürfte nunmehr ruhmlos aufgekürt worden sein. Der Prozeß nahm heute eine überraschende Wendung. Nachdem die Angeklagte Welda Köstke zu Beginn der heutigen Sitzung nochmals über einige Einzelheiten ihrer gestrigen Aussage befragt worden war, erhob sich Rechtsanwalt Dr. Fogg und erklärte, daß auch der Angeklagte Ernst Malchow sich jetzt entschlossen habe, reumütig ein offenes Geständnis abzulegen.

Anfänglich zögernd und mit leiser, stockender Stimme, dann aber sicher und klar redend, erklärte er: „Ich bekenne, daß ich das Mädchen mißbraucht habe. Als ich eines Nachts betrunken nach Hause kam und morgens aufwachte, fand ich das Mädchen bei mir im Bett liegend. Wie es gekommen ist, weiß ich nicht. Ich glaube aber, daß es in der Nacht zwischen uns zu einem Verkehr gekommen ist. Ich habe dann noch einmal mit dem Mädchen in Anwesenheit der Mutter verkehrt. Damals hatten wir zu dritt in einem Zimmer geschlafen. Ich erkläre aber, daß es nie von meinen Lippen gekommen ist, daß das Mädchen angeben sollte, der Pfarrer sei der Vater des Kindes. Zu meinen Arbeit Kollegen habe ich mich offen ausgesprochen.“ — Vorf.: Wie erklären Sie es, daß die Mutter es gebietet hat, daß Sie zu dritt in einem Zimmer waren? Angekl.: Ich stand doch mit der Mutter seit langem in Beziehungen. Wir verstanden uns aber sehr nicht mehr. Die Frau hing aber an mir und wollte mich nicht lassen. Ich erkläre mir das so, daß sie die Tochter als Bodmittel benutzte, um mich festzuhalten. Deshalb nahm sie es mit in den Kauf, daß ich mit der Tochter verkehrte. Ich habe vorher niemals daran gedacht, mit dem Mädchen zu verkehren, wenn die Mutter mir nicht Gelegenheit dazu geboten hätte. Vorf.: Dann mußte die Mutter doch wissen, wer der Vater des Kindes war. Angekl.: Ich muß annehmen, daß eine vierzigjährige Frau sich das denken konnte. Die Mutter war eine Doppelnatur; sie war hysterisch, und sie mag wohl auf der einen Seite gedacht haben, daß ich der Vater sei, auf der anderen Seite aber auch, daß der Pfarrer in Betracht kam, weil alle Leute davon redeten. Der Angeklagte erklärt im weiteren Verlaufe seiner Vernehmung, daß die Mutter ihn nie zur Rede gestellt habe, daß er aber nichts getan habe, um die Vaterschaft abzuleugnen. Er habe die Lage für den Pfarrer nie für ernst gehalten. Der Angeklagte ergeht sich dann in näheren Schilderungen der ganzen Lage.

Ein Hotelgespenst.

In einem Hotel in der Friedrichstadt war ein Kaufmann aus Ungarn mit seinem Schwager abgezogen. Als er sich vorgestern abend mit seinem Begleiter zur Ruhe legte, verzog er abzuschlafen. Beim Morgengrauen erwachte der Kaufmann. Noch halb im Traume nahm er wahr, daß die Tür geräuschlos aufging. Herin trat auf allen Vieren ein rabenschwarzes Ungeheuer, dessen Umrisse im Dämmerlicht nicht genauer zu sehen waren.

Der jetzt völlig erwachte Kaufmann blieb ruhig im Bett liegen und beobachtete, wie das kriechende Ungeheuer alle Ecken des Zimmers abtastete und sich besonders an die Nachtlische neben den Betten heranrückte. Das ging so wohl eine Viertelstunde lang. Da erwachte auch der Schwager und rührte sich im Bett. Auf dieses Geräusch trock das Gespenst eiligt zur Tür hinaus. Der Unruh sprang aus dem Bett und sah gerade noch, daß es sich über den Flur bewegte und einige Zimmer weiter durch die Tür verschwand. Die Kriminalpolizei wurde benachrichtigt und mehrere Beamte nahmen die Ermittlungen zur Aufklärung der unheimlichen Erscheinung auf. Die Feststellungen ergaben, daß das Gespenst sich nur in das Zimmer hineinbegeben haben konnte, das in der Nacht, wenige Stunden vor dem Abenteuer des Ungarn, ein Kaufmann Thilo Kiesel bezogen hatte. So wenigstens halte sich der neue Gast genannt und in das Fremdenbuch eingetragen. Er wurde zur Verantwortung nach dem Polizeipräsidium gebracht. Dari wurde er als ein alter „Kunde“, ein gewerbmäßiger Hotelbesitzer Emil Aug., wiedererkannt, der schon längere Zeit gesucht wurde.

Kohlenmangel und Kohlenüberfluß.

Schon seit Wochen werden von Tausenden der Groß-Berliner Haushaltungen die Hausbrandbriketts nicht mehr abgenommen. Man hat nicht mehr in der Lage, den Preis von gegenwärtig rund 7000 M. für einen Zentner, also etwa 80 M. für eine Preß-Lohle, zu bezahlen. Kein Witz ist es, daß man sich jetzt schon zu Geduldsproben mit 10 oder 20 Preßkohlen begnügt. Selbst im Berliner Westen, wo ja in den Gartenhäusern viele weniger bemittelte Leute wohnen, sind große Kohlenmengen nicht abgenommen worden. Hält die gegenwärtige Kälte nicht lange an, so kann man mit den Hausvorräten wohl einigermassen auskommen. Bei einem strengeren Winter muß es böse werden, da in vielen Haushaltungen nur noch ganz geringe oder schon gar keine Kohlenbestände vorhanden sind. Sehr wünschenswert ist eine schnell herauszubringende Verfügung, die den Händlern aufgibt, auf Verlangen auch Briketts unter einem Zentner ohne besondere Preis-erhöhung abzugeben. Damit wird den Händlern sogar ent-

gegengekommen, da die meisten auf den Lagerplätzen genug Kohlen haben, die zum Teil an Zahlungsfähige über das ihnen zustehende Korkenquantum hinaus abgegeben werden.

Der Gerüstesturz auf dem Anhalter Bahnhof.

Die Gerüstverhandlung verlag.

Die furchtbare Katastrophe, die sich bei dem Gerüstesturz auf dem Anhalter Bahnhof im August des vergangenen Jahres abspielte, beschäftigte heute die 9. Strafkammer des Landgerichts I. Wie erinnerlich, wurde im August die große Kuppel des Anhalter Bahnhofs renoviert und stellte sich ein neues Gerüst her. Das Gerüst, ein sogenanntes Hängegerüst, bestand aus etwa 30 Meter über dem Boden und war dicht unter dem Kuppelboden des Bahnhofs anbracht. Am 16. August stürzte vormittags das Gerüst in die Tiefe und rief 15 Personen mit sich. Zwölf erlitten sofort ihren Verletzungen, ein Verunglückter starb im Krankenhaus und nur zwei Arbeiter konnten nach wochenlangem Krankentage wiederhergestellt werden. Die Anklage laut nun den Erbauern des Gerüsts zur Last, daß sie in fahrlässiger Weise ihre Pflichten vernachlässigt haben. Die Verhandlung mußte schließlich vertagt werden, da der von der Anklagebehörde geladene Sachverständige nicht erschienen war. Der Bericht reichte jedoch an, auf dem Anhalter Bahnhof einen Teil des Unglücksgerüsts noch einmal aufzubauen, damit das Gerüst sich an Ort und Stelle überzeugen kann, ob die Angeklagten fehlerhaft gehandelt haben.

Ruhkinder auf der Durchreise in Berlin.

In den frühen Morgenstunden sind heute auf dem Bahnhof Friedrichstraße achtzig Kinder aus der Essener Gegend eingetroffen. Die Kinder stehen im Alter von vier bis zehn Jahren und befinden sich auf der Fahrt nach Dissenow an der Ostsee, wo die Stadt Eisen ein Kinderheim besitzt. Die ganze Kinderchor wurde mit der Nord-Süd nach dem Stettiner Bahnhof befördert, von wo aus nach einem kleinen Frühstück die Fahrt in das pommerische Land fortgesetzt wurde.

Eine ländliche Tragödie.

Eine in ihren Einzelheiten furchtbare Familien-tragödie, die sich im Herbst vorigen Jahres in dem märkischen Dorfe Rübhorst zugetragen hatte, führte jetzt der Bauernsohn unter der schweren Anklage des gemeinschaftlichen Mordes vor das hiesige Schwurgericht.

Der Maurer und Landwirt Thomas Müller hatte in vorgerückten Jahren die vermählte Wirtin Frau Behlow geheiratet. Schon bald nach der Hochzeit entstanden zwischen den Eheleuten Zwistigkeiten, weil der Mann eine Ueberschreibung des Hofes auf seinen Namen herbeiführen suchte, während nach dem Testament des verstorbenen Chemanns Behlow der Hof dem ältesten Sohne überschrieben werden sollte. Infolge des sich stets erneuernden Zwistes wehrte sich die Ehefrau, das Schlafzimmer des Mannes zu teilen. Eines Nachts begab sich dieser mit einer Art zu dem verschlossenen Schlafzimmer der Frau und forderte unter Drohungen Einlaß. Die Frau schrie um Hilfe. Diese Rufe wurden draußen von dem Sohne der Bedrängten gehört, der mit einigen Freunden vor der Tür stand. Die jungen Leute bewaffneten sich mit Gewehren und Revolvern und begaben sich sodann zu der Wohnung des Müller. Dieser hatte sich inzwischen zur Ruhe gelegt. Die Art stand noch neben seinem Bett. Der junge Behlow betrat das Schlafzimmer seines Stiefvaters und stellte ihn zur Rede. Müller sprang aus dem Bett und griff ihn an. In demselben Augenblick wurden von dem Freunde des jungen Behlow, dem jetzigen Angeklagten Rehfeldt, zwei Schüsse abgegeben, die M. leicht am Arm verletzten. Hierauf schrie auch Behlow, der angeblich nicht gemerkt haben will, von wem diese Schüsse abgegeben worden waren. Er feuerte mehrere Schüsse auf seinen Stiefvater ab, von denen einer ihn in den Kopf traf, so daß er hinterwärts auf das Bett fiel. Nunmehr schleppten die beiden Hauptangeklagten den Schwerverwundeten in die Küche, wo ihm von dem Angeklagten Rehfeldt durch einen Kopfschlag der Schädel zertrümmert wurde. Das Urteil lautete gegen Behlow auf vier Jahre und gegen Rehfeldt auf fünf Jahre Gefängnis. Ein dritter Angeklagter wurde wegen Beihilfe zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, ein vierter wurde freigesprochen.

Wahnwunder einer Mutter.

In dem Hause Parnistr. 44 rief die graufige Tat einer irrsinnig gewordenen Frau große Aufregung hervor. Hier wohnt im vierten Stock der Eutler Müde mit seiner Ehefrau und seinem im Jahr alten Töchterchen Eva. Frau Wilde ist schon seit längerer Zeit schwer nervenleidend. Gestern abend sollte sie nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden. Als sie das erfuhr, packte sie in einem Anfall der Nervenüberreizung ihr Töchterchen und warf es aus dem Fenster hinaus. Das Kind war sofort tot. Die Mutter wollte ihm nachspringen, wurde aber im letzten Augenblick daran verhindert. Sie wurde nach dem Krankenhaus, die Leiche des Kindes nach dem Schaubause gebracht.

Zu dem Gifttod des Butterhändlers Hempel wird mitgeteilt, daß der Geliebte der Gattin, ein Kaufmann Artur Knanowski in Danzig-Langfuhr verhaftet wurde.

Schwerer Jahresverlust. Der mit Brettern beladene Fuhrstuhl im Fuhrstuhlgebäude der Firma Berl. Holztorf A.-G. am Küstner Pl. 9 stürzte infolge Drahtseilbruches aus der Höhe des 4. Stockwerkes in die Tiefe. Der im Fuhrstuhl befindliche 23 Jahre alte Arbeiter Walter Frederich aus der Lützer Straße 14 wurde auf der Stelle getötet. Sein Begleiter, der 47 Jahre alte Maschinenführer Hermann Knothe, der ebenfalls im Hause Lützer Straße 14 wohnt, trug einen Bruch des linken Schläfens und des linken Oberarmes davon. Knothe wurde nach dem Krankenhaus am Friedrichshain geschafft.

Feuertur für Zentralheizungsanlagen. Die ständig zunehmende Verknappung der Brennstoffe veranlaßt die Landesobstschle, die Kohlenverteilung in den Marken anzuweisen, im Einvernehmen mit dem Verband der Zentralheizungs-Industrie Berlin (schränkt Feuertur in Berlin zu errichten. Es soll den Besitzern der zentralbeheizten Gebäude Gelegenheit gegeben werden, sich durch die Teilnahme an Vorträgen mit Lichtbildern und an praktischen Vorführungen an Heizungsanlagen über brennende Verknappung und rationelle Ausnutzung der Brennstoffe belehren zu lassen und fortzubilden. Die Kohlenverteilung Berlin eröffnet heute am 15. 2. 23. in den Räumen der holländischen Baugewerkschafts-Kasse, Reichstr. 30, den ersten Feuertur und zwar zunächst für die Feuertur der holländischen Gebäude. Davon anschließend werden Unterabteilungen für die Feuertur der Kommunalen und privaten Gebäude eingerichtet.

Ueber „Sexualerziehung“ spricht heute Donnerstag, 15. Februar, 8 Uhr abends, in der Urania, Taubstr. 49/49, der bekannte Schulreformer Dr. Stegried Kramer.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgebung. Zeitweise heiter, jedoch überwiegend bedeckt mit leichten Schneefällen, mäßigem Frost und größtenteils schwachen östlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

1. Die Stuppen-entwerfer in Ostpreußen, Sozialisten, haben unüberwindlich am Sonntag, den 12. Februar, nicht halt. Rührer wird noch bekannt gegeben.
2. Die Sozialdemokraten in Ostpreußen, Sozialisten, haben unüberwindlich am Sonntag, den 12. Februar, nicht halt. Rührer wird noch bekannt gegeben.
3. Die Sozialdemokraten in Ostpreußen, Sozialisten, haben unüberwindlich am Sonntag, den 12. Februar, nicht halt. Rührer wird noch bekannt gegeben.
4. Die Sozialdemokraten in Ostpreußen, Sozialisten, haben unüberwindlich am Sonntag, den 12. Februar, nicht halt. Rührer wird noch bekannt gegeben.
5. Die Sozialdemokraten in Ostpreußen, Sozialisten, haben unüberwindlich am Sonntag, den 12. Februar, nicht halt. Rührer wird noch bekannt gegeben.
6. Die Sozialdemokraten in Ostpreußen, Sozialisten, haben unüberwindlich am Sonntag, den 12. Februar, nicht halt. Rührer wird noch bekannt gegeben.
7. Die Sozialdemokraten in Ostpreußen, Sozialisten, haben unüberwindlich am Sonntag, den 12. Februar, nicht halt. Rührer wird noch bekannt gegeben.
8. Die Sozialdemokraten in Ostpreußen, Sozialisten, haben unüberwindlich am Sonntag, den 12. Februar, nicht halt. Rührer wird noch bekannt gegeben.
9. Die Sozialdemokraten in Ostpreußen, Sozialisten, haben unüberwindlich am Sonntag, den 12. Februar, nicht halt. Rührer wird noch bekannt gegeben.
10. Die Sozialdemokraten in Ostpreußen, Sozialisten, haben unüberwindlich am Sonntag, den 12. Februar, nicht halt. Rührer wird noch bekannt gegeben.

